



DFR – Kurz gesagt

Newsletter aus der Bundesgeschäftsstelle

Weibliche Abgeordnete im neuen Bundestag

Mit der Wahl 2021 steigt der Anteil der weiblichen Abgeordneten auf 34,7 %. Der Frauenanteil im 20. Bundestag stieg im Vergleich zum Ergebnis der letzten Wahl 2017 um vier Prozent an, bleibt damit aber immer noch unter dem bisherigen Höchststand von 37,1 Prozent bei der Wahl 2013. Der leichte Anstieg des Frauenanteils lässt sich dadurch erklären, das mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen zwei Parteien mit verbindlichen Frauenquoten ihr Ergebnis verbessert haben. In 26 % der Wahlkreise (78 von 299) hat eine Frau das Direktmandat gewonnen. Mehr Infos bei Frauen Macht Politik, Helene-Weber-Kolleg unter:

<https://www.frauen-macht-politik.de/monitoring-btw21-gewaehlte-frauen/>

Richtungswechsel für progressive Frauenpolitik

Die Wähler*innen fordern einen politischen Richtungswechsel ein, das zeigt das Ergebnis der Bundestagswahl. Dieser Richtungswechsel muss auch durch eine progressive Frauen- und Gleichstellungspolitik erfüllt werden, erklärt der Deutsche Frauenrat in seiner Pressemitteilung zur 20. Bundestagswahl. Eine ressortübergreifende Gleichstellungspolitik sei dringlich, sei es in der Steuer-, Familien- oder Arbeitsmarktpolitik“, so die Vorsitzende des Deutschen Frauenrats Dr. Beate von Miquel. Sie forderte, ein Paritätsgesetz auf den Weg zu bringen.

<https://www.frauenrat.de/richtungswechsel-fuer-progressive-frauenpolitik/>

Chance für mehr Geschlechtergerechtigkeit jetzt nutzen!

Bei den Sondierungen und Koalitionsverhandlungen gehe es jetzt darum, gleichstellungspolitische Ziele, sowohl personell als auch inhaltlich, in den Fokus zu rücken und als Querschnittsaufgaben bei der Modernisierung des Landes mitzudenken, so der Deutsche Juristinnenbund. Die geschlechtergerechte Gestaltung der Digitalisierung stelle dabei eine wichtige Herausforderung dar. Mehr unter:

<https://www.djb.de/presse/pressemitteilungen/detail/pm21-32>

Eine gute Integration in den Arbeitsmarkt schützt vor antidemokratischen Einstellungen

Wer eine sichere Beschäftigung mit gutem Einkommen hat, Wertschätzung im Beruf erfährt und die Möglichkeit sieht, die eigene Arbeit mitzugestalten, neigt deutlicher seltener zu antidemokratischen Ansichten. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung aufgrund einer repräsentativen Befragung. Im Durchschnitt aller Befragten zeigen 14 Prozent ein „hohes Ausmaß“ an antidemokratischen Einstellungen. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen. Ergebnisse unter:

<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-gute-arbeit-starke-demokratie-35599.htm>